

# Satzung der Oswald von Wolkenstein Gesellschaft

## SATZUNG

(in der Fassung vom 2. Juni 1995)

---

### § 1

Der literarische Verein führt den Namen 'Oswald-von-Wolkenstein-Gesellschaft e. V.' und wurde am 13. Mai 1980 in das Vereinsregister beim Amtsgericht Marbach a.N. unter der Nr. VR 270 eingetragen. Der Sitz der Gesellschaft wurde 1993 nach Frankfurt am Main verlegt.

### § 2

Zweck der Gesellschaft ist, sich um die Erschließung von Leben und Werk Oswalds von Wolkenstein zu bemühen, vor allem jedoch, die intensive und breite Erforschung der Literatur und Kultur des europäischen Spätmittelalters zu fördern.

Aufgaben der 'Oswald-von-Wolkenstein-Gesellschaft e. V.':

1. Anregung und Unterstützung der Oswald-von-Wolkenstein- und vor allem der Spätmittelalterforschung (z.B. in Literatur, Musik, Bildender Kunst, Kulturgeschichte, Theologie, Philosophie, Geschichte, Rechtsgeschichte, Agrargeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Medizingeschichte, Pharmaziegeschichte, Technikgeschichte und in den historischen Hilfswissenschaften).
2. Zur Anregung neuer Forschungsobjekte und deren Diskussion veranstaltet die Gesellschaft im Abstand von 3 Jahren, unbeschadet sonstiger Veranstaltungen (in Verbindung mit der ordentlichen Mitgliederversammlung), Kongresse oder Symposien an wechselndem Ort.

3. Als Unterstützung laufender Untersuchungen zu Oswald von Wolkenstein und der Tirolischen Kulturgeschichte des Mittelalters bietet die Gesellschaft allen Mitgliedern die Möglichkeit, die Bestände des 'Wolkenstein-Archivs' zu benützen.

4. Als weitere Aufgabe betrachtet es die Gesellschaft, sich für die kulturpolitische Unterstützung anderer Organisationen (wie z.B. Landesdenkmalämtern), einzusetzen.

5. In der Regel soll alle 2 Jahre das 'Jahrbuch der Oswald-von-Wolkenstein-Gesellschaft' erscheinen; die Mitglieder der Gesellschaft erhalten es bei Bezahlung des vollen Beitrags kostenlos.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts 'Steuerbegünstigte Zwecke' der Abgabenordnung.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Sämtliche Mittel dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

### § 3

Mitglieder der Gesellschaft können sein:

1. Einzelpersonen,
2. juristische Personen, Gebiets- und sonstige Körperschaften, Stiftungen, Gesellschaften, Verbände sowie Personenvereinigungen aller Art.

Zur Aufnahme neuer Mitglieder ist die Zustimmung des Vorstands erforderlich. Die Vollmitgliedschaft berechtigt zum kostenlosen Bezug des Jahrbuchs der Gesellschaft sowie zur Benützung des 'Wolkenstein-Archivs'.

### § 4

Die Mitgliedschaft endet:

1. Bei Einzelpersonen durch ihren Tod; bei juristischen Personen usw. (§3) durch den Verlust der Rechtsfähigkeit, spätestens durch ihre Auflösung.
2. Durch Austritt
3. Durch Ausschluß

Der Austritt eines Mitglieds ist jederzeit zum Schluß eines Kalenderjahres möglich. Der Austritt ist dem Vorstand schriftlich zu erklären. Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn es gegen die Interessen der Gesellschaft handelt, ferner wenn ein Mitglied mit der Beitragszahlung trotz Mahnung länger als ein Jahr im Rückstand ist. Der Betroffene kann gegen den Ausschluß bei der nächsten Mitgliederversammlung schriftlich oder mündlich Einspruch erheben. In diesem Falle entscheidet die Mitgliederversammlung mit 2/3-Mehrheit über den Ausschluß.

### § 5

Personen, die sich um die Gesellschaft oder ihre Ziele in besonderem Maße verdient gemacht haben, können von der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ohne Beitragspflicht ernannt werden.

## § 6

Den Jahresbeitrag setzt die Mitgliederversammlung fest. Der Vorstand kann auf Antrag den Beitrag ermäßigen oder erlassen. Die Jahresbeiträge sind jeweils bis zum 31. Mai des laufenden Jahres zu überweisen. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## § 7

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. Vorstand
2. Mitgliederversammlung

## § 8

Der Vorstand besteht aus:

- dem 1. Vorsitzenden
- dem stellvertretenden Vorsitzenden
- dem Geschäftsführer
- dem Schatzmeister

Zum Vorstand gehören außerdem (sofern sie nicht ohnehin dazugehören)

- die beiden Herausgeber des Jahrbuchs der Gesellschaft
- der Leiter des "Wolkenstein-Archivs", bzw. dessen Stellvertreter.

Die Ämter des Geschäftsführers und Schatzmeisters können von einer Person wahrgenommen werden.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 4 Jahren (auf Verlangen) in geheimer Wahl bestimmt. Bis zu einer ordnungsgemäßen Neuwahl bleibt der alte Vorstand im Amt.

Der Vorstand informiert die Mitglieder schriftlich über seine Tätigkeit. Der Vorstand ist befugt, falls einzelne seiner Mitglieder ausscheiden, durch Zuwahl für die Zeit bis zur nächsten Mitgliederversammlung sich selbst zu ergänzen. Die Mitglieder der Gesellschaft sind darüber unverzüglich zu informieren. Jedes Vorstandsmitglied ist befugt, eine Vorstandssitzung einzuberufen. Die Ladung hat unter Angabe der Tagesordnung schriftlich zu erfolgen. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt; bei Gleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden. Die Niederschrift ist vom 1. Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Der Vorstand besteht im Sinne des § 26 BGB aus dem 1. und 2. Vorsitzenden; sie sind gemeinsam vertretungsberechtigt.

## § 9

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet alle vier Jahre statt. Eine außerordentliche Versammlung ist zu berufen, wenn das Interesse der Gesellschaft es erfordert oder wenn ein Zehntel der Mitglieder die Berufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt. Wenn die letzte Mitgliederversammlung nicht anders beschlossen hat, setzt der Vorstand Ort, Zeit und Tagesordnung fest.

Die Einberufung erfolgt schriftlich spätestens sechs Wochen (maßgebend ist der Poststempel) vor dem Termin unter Angabe der Tagesordnung. Die Tagesordnung der ordentlichen Mitgliederversammlung muß einen Tätigkeitsbericht des Vorstands, einen Kassenbericht und alle Punkte enthalten, deren Behandlung bis spätestens acht Wochen vor der Mitgliederversammlung von einem oder mehreren Mitgliedern der Gesellschaft beim Vorstand schriftlich beantragt wurde. Die Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte ist mit Zustimmung der einfachen Mehrheit der Mitgliederversammlung möglich.

Der 1. Vorsitzende oder in seiner Vertretung ein anderes Mitglied des Vorstands leitet die Versammlung, sofern diese nicht anders beschließt. Bei der Beschlußfassung entscheidet die einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

Zu einem Beschluß, der eine Änderung der Satzung enthält, ist die Zustimmung von 2/3 der anwesenden Mitglieder erforderlich. Die Versammlung hat über die Entlastung des Vorstands zu beschließen. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu führen, die von dem Versammlungsleiter und dem Protokollanten zu unterzeichnen ist. Sie ist allen Mitgliedern der Gesellschaft zuzustellen.

## § 10

Die beiden von der Mitgliederversammlung berufenen Kassen- und Rechnungsprüfer haben die Pflicht, das Kassen- und Rechnungswesen der Gesellschaft zu überwachen und der Mitgliederversammlung hierüber zu berichten. Entlastung erteilt die Mitgliederversammlung.

## § 11

Alle Amtsträger sind, unbeschadet des Anspruchs auf Vergütung der baren Auslagen, ehrenamtlich tätig. Sie führen ihr Amt bis zur Übernahme durch den Nachfolger.

## § 12

Jede Mitgliederversammlung kann die Auflösung der Gesellschaft beschließen, wenn sie auf der den Mitgliedern mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung steht. Die Auflösung bedarf der Zustimmung von 3/4 der erschienenen Mitglieder. Ist diese nicht gegeben, so kann der Vorstand eine neue Versammlung einberufen, auf der die Auflösung durch eine einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden kann.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt ihr Vermögen nach Abzug aller Verbindlichkeiten der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder deren Nachfolgeorganisation zu, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand.